für die Ortsgemeinde Frücht

AZ: GB 3

10 DS 16/ 0099

Sachbearbeiter: Herr Anderie

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Ortsgemeinderat Frücht	öffentlich	

Erhebung von Ausbaubeiträgen für den Ausbau (Erweiterung der Einrichtungen der Straßenentwässerung) der Verkehrsanlage "Mühlenweg" in Frücht

Sachverhalt:

Eingangs wird auf die Beachtung möglicherweise vorliegender Ausschließungsgründe nach § 22 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) sowie die aus § 22 Abs. 5 Satz 1 GemO resultierende Verpflichtung jedes Mandatsträgers, dem Vorsitzenden vor Beginn der Beratungen das Vorliegen möglicher Ausschließungsgründe mitzuteilen, hingewiesen.

Die Verbandsgemeindewerke Bad Ems-Nassau (VGW) haben in der von der Straße „Im Vordertal“ abzweigenden Verkehrsanlage „Mühlenweg“ einen Mischwasserkanal verlegt, in den auch das Oberflächenwasser der Straße eingeleitet wird. Die Maßnahme erfolgte in offener Bauweise. Der Ortsgemeinderat hatte in seiner Sitzung am 10.03.2021 die Aufnahme der der Ortsgemeinde Frücht entstehenden Aufwendungen für diese Maßnahme als Ausbauprogramm beschlossen. Die Verkehrsanlage liegt im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Grummetwies“ der Ortsgemeinde Frücht. Die Verkehrsanlage „Mühlenweg“ wurde in den Jahren 1996/1997 erstmalig als Erschließungsanlage hergestellt. Aufwendungen für die Straßenentwässerung (Investitionskostenanteil) waren seinerzeit nicht angefallen.

Die VGW haben den von der Ortsgemeinde Frücht auf der Grundlage des § 12 Abs. 10 Landesstraßengesetz (LStrG) und dem zwischen der Ortsgemeinde Frücht und den VGW abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag zu zahlenden Investitionskostenanteil für die Straßenentwässerung nunmehr in Rechnung gestellt.

Da es sich bei der Straßenentwässerung um eine Teileinrichtung der Straße handelt, stellt der der Ortsgemeinde Frücht in Rechnung gestellte Investitionskostenanteil für die Straßenentwässerung beitragsfähigen Ausbaufwand dar. Die von der Verkehrsanlage „Mühlenweg“ erschlossenen Grundstücke sind daher mit Ausbaubeiträgen nach § 10 Kommunalabgabengesetz (KAG) und der entsprechenden Satzung der Ortsgemeinde Frücht über die Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung Einzelabrechnung) zu belasten.

Der Ortsgemeinderat hat nach § 10 Abs. 3 KAG durch einen Beschluss den Anteil der Ortsgemeinde Frücht an den beitragsfähigen Investitionsaufwendungen (sog. Gemeindeanteil) festzulegen. Hierbei handelt es sich um den dem Vorteil der Allgemeinheit entsprechenden Teil, der dem nicht den Beitragsschuldnern zuzurechnenden Verkehrsaufkommen entspricht. Maßgebend für die Festlegung des Gemeindeanteils ist dabei das Verhältnis zwischen Anliegerverkehr und Durchgangsverkehr unter Berücksichtigung von Funktion und Verkehrsbedeutung der Verkehrsanlage im Verkehrsnetz einer Gemeinde. Nach

der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz wird ein Ortsgemeinderat als in der Lage angesehen, aufgrund seiner Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen (insbesondere den Grundstücksnutzungen, der flächenmäßigen Ausdehnung einer Verkehrsanlage und der Bedeutung der Straße im Gefüge des gesamten Straßennetzes) auch ohne eine formelle Erhebung die Verkehrsbedeutung einer Straße im Gemeindegebiet hinreichend zuverlässig einzuschätzen. Nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz steht den Gemeinden bei der Festlegung des Gemeindeanteils ein Beurteilungsspielraum von +/- 5 % zu, der einen Ausgleich für die tatsächlichen Unsicherheiten bieten soll, der mit der Bewertung des Anlieger- und Durchgangsverkehrs ohne präzise Datenerhebung verbunden ist.

Die Verkehrsanlage „Mühlenweg“ zweigt von der Straße „Im Vordertal“ ab und geht im Bereich der Einmündung „In den Wiesen“ dann in einen in den Außenbereich verlaufenden Wirtschaftsweg über. Von ihr zweigt ihrem Verlauf die Straße „Im Vogelsang“ (die dann ihrerseits wieder in die Straße „Im Vordertal“ einmündet) ab. Die Straße „In den Wiesen“ ist ab Einmündung „Schweizertalstraße“ nur auf einem Teilstück von rd. 50 m hergestellt (etwa bis zum Grundstück mit dem Anwesen Nr. 4; von dort aus schließt sich bis zur Einmündung „Mühlenweg“ ein unbefestigter Wirtschaftsweg an). Es handelt sich somit bei der Verkehrsanlage „Mühlenweg“ um keine reine Anliegerstraße, sondern es ist auch ein gewisser Durchgangsverkehr in Richtung Außenbereich und zurück (auch dieser ist zu berücksichtigen, da die Art der Fahrzeuge beim Durchgangsverkehr nicht entscheidend ist) sowie zur und von der Straße „Im Vogelsang“ zu verzeichnen. Da die Straßenentwässerung in weit überwiegenden Umfang der Entwässerung der Fahrbahn dient, erscheint es sachgerecht, bei der Einstufung auf den Gemeindeanteil für die Fahrbahn abzustellen. Nach Einschätzung der Verwaltung dürfte vom Verlauf der Verkehrsströme her hier wohl von einer Straße mit zwar erhöhtem Durchgangsverkehr, aber noch überwiegendem Anliegerverkehr auszugehen sein, bei der im allgemeinen ein Gemeindeanteil von 35 – 45 % angemessen wäre. Wenn Anlieger- und Durchgangsverkehr in etwa gleich zu gewichten sind, wird in der Rechtsprechung ein Gemeindeanteil von 50 % als angemessen erachtet. Sollte der Ortsgemeinderat aufgrund seiner Kenntnis von den örtlichen Verhältnissen die Einschätzung vertreten, dass abweichend vom Vorschlag der Verwaltung (siehe Beschlussvorschlag) sich Anlieger- und Durchgangsverkehr in etwa die Waage halten, wäre auch eine diesbezügliche Abweichung vertretbar.

Um die Voraussetzungen für die Erhebung der Ausbaubeiträge zu schaffen, wäre vom Ortsgemeinderat Frücht der nachstehende Beschluss zu fassen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Eigentümer und dinglich Nutzungsberechtigten der von der Verkehrsanlage „Mühlenweg“ (Parzellen Flur 27, Flurstücke 7/7, 28/1, 28/6, 28/7, 7/8, 36/5, 36/6, 28/8, 65/1; Flur 28, Flurstücke 36/3, 38/1, 54/3, 64/6, 53/7, 37/1, 26/4, 25/7, 52/3, 52/4, 54/5 teilweise) –die Verkehrsanlage verlaufend von der Einmündung „Im Vordertal“ bis zur Einmündung „In den Wiesen“- in Frücht erschlossenen Grundstücke werden für den Ausbau der Verkehrsanlage „Mühlenweg“ (Einrichtungen der Straßenentwässerung) zu Ausbaubeiträgen nach § 10 Kommunalabgabengesetz (KAG) in Verbindung mit der Satzung zur Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen (Ausbaubeitragssatzung Einzelabrechnung) der Ortsgemeinde Frücht vom 17.07.2003 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 28.08.2012 herangezogen.

2. Der Anteil der Ortsgemeinde Frücht an den beitragsfähigen Investitionsaufwendungen gemäß § 10 Abs. 3 KAG wird auf 45 % der beitragsfähigen Investitionsaufwendungen festgesetzt. Der Anteil der Beitragspflichtigen (Anliegeranteil) beträgt demnach 55 % der beitragsfähigen Investitionsaufwendungen.

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister